



„i2i“: Perspektive 2010

Die Finanzierung der Innovation wird bis zum Jahr 2010 eine der ersten Prioritäten der EIB bleiben. Auch wenn das „i2i“-Programm 2003 das Ende seiner ursprünglichen Laufzeit von drei Jahren erreicht, behält das im Rahmen der „Lissabonner Strategie“ gesetzte Ziel seine Gültigkeit. In Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Stockholm (März 2001) und von Barcelona (März 2002) haben die Gouverneure der EIB in ihrer Jahressitzung am 3. Juni 2003 der Erneuerung dieses Programms zugestimmt, das sich nunmehr „Innovation-2010-Initiative“ nennt.

Siehe Artikel Seite 5



Jahressitzung des Rates der Gouverneure

Der Rat der Gouverneure der EIB, der sich aus den Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten, den Anteilseignern der EIB, zusammensetzt, hielt am 3. Juni 2003 in Luxemburg seine Jahressitzung ab. Minister aus den zehn beitretenden Staaten nahmen als Beobachter teil und wurden als künftige Gouverneure willkommen geheißen.

Philippe Maystadt, der Präsident der EIB, gab einen Überblick über die Tätigkeit der Bank zur Unterstützung der Ziele der EU sowie über die operativen Prioritäten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. 2002 erreichten die Ausleihungen der EIB insgesamt 39,6 Mrd EUR (2001: 36,8 Mrd EUR). In der EU wurden 33,1 Mrd EUR vergeben.

Außerhalb der Europäischen Union erreichten die unterzeichneten Darlehen in den beitretenden Staaten und den Beitrittsländern ein Rekordniveau von 3,7 Mrd EUR (+37% gegenüber 2001), womit die EIB ihre Position als wichtigste externe Quelle für Finanzierungsmittel für diesen Raum festigte. Siehe Artikel Seite 2



Einrichtung der neuen Investitionsfazilität der EIB für die AKP-Staaten

Am 2. Juni 2003 hat die EIB an ihrem Sitz in Luxemburg offiziell die neue Investitionsfazilität vorgestellt, deren Mittel für die Finanzierung von Investitionen des privaten Sektors in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean bestimmt sind. Dieses Instrument soll dazu beitragen, die Armut zu bekämpfen.

Der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade und der kenianische Finanzminister David Mwiraria nahmen an der Eröffnungsfeier teil. Siehe Artikel Seite 8

Inhaltsverzeichnis

Jahressitzung des Rates der Gouverneure der EIB	2
„i2i“: Perspektive 2010	5
Einrichtung der neuen Investitionsfazilität der EIB für die AKP-Staaten	8
EIB und erneuerbare Energien	11
Neue Veröffentlichung über die EIB und den Wassersektor	13
EIB-Forum 2003 in Dublin am 23. und 24. Oktober 2003	14
Finanzierungsstrategie der EIB in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern	17
Finanzielle Partnerschaft Europa-Mittelmeer der EIB: Erste Zwischenbilanz	18
Besuch des Europäischen Bürgerbeauftragten	20
EIF erhält Top-Rating	20
Ernennungen im Senior Management der EIB	21
Die „EIB Papers“	23
EIB für ihre Emissionstätigkeit ausgezeichnet	24

Jahressitzung des Rates der Gouverneure der EIB am 3. Juni 2003

Der Rat der Gouverneure der EIB, der sich aus den Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten, den Anteilseignern der EIB, zusammensetzt, hielt am 3. Juni 2003 in Luxemburg seine Jahressitzung ab. Minister aus den zehn beitretenden Staaten nahmen als Beobachter teil und wurden als künftige Gouverneure willkommen geheißen.

Philippe Maystadt, der Präsident der EIB, gab einen Überblick über die Tätigkeit der Bank, die der Unterstützung der Ziele der EU dient, sowie über die operativen Prioritäten innerhalb und außerhalb der Europäischen

Union. 2002 erreichten die Ausleihungen der EIB insgesamt 39,6 Mrd EUR (2001: 36,8 Mrd EUR).

In der EU wurden Darlehen von 33,1 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Das für die Regionalentwicklung bestimmte Darlehensvolumen der Bank erreichte fast 20 Mrd EUR. Für Projekte im Rahmen der Innovation-2000-Initiative (i2i) wurden insgesamt 3,3 Mrd EUR vergeben. Der Europäische Rat Lissabon (März 2000) hatte die Bank aufgefordert, innerhalb von drei Jahren 12 bis 15 Mrd EUR für Vorhaben bereitzustellen,

die für eine Finanzierung im Rahmen der i2i in Betracht kommen. Bis zum 1. Mai 2003 wurden Darlehen von 15,8 Mrd EUR genehmigt, womit die EIB diesen Auftrag erfüllt hat. Bei den Finanzierungen zugunsten der natürlichen und städtischen Umwelt kam es zu einer deutlichen Steigerung auf 9,3 Mrd EUR.

Außerhalb der EU erreichten die unterzeichneten Darlehen in den beitretenden Staaten und den Beitrittsländern ein Rekordniveau von 3,7 Mrd EUR (+37% gegenüber 2001), womit die EIB ihre Position als wichtigste externe Quelle für Finanzierungsmittel für diesen Raum festigte. Infrastrukturprojekte – insbesondere im Verkehrssektor – blieben mit etwa der Hälfte des Darlehensvolumens der wichtigste Tätigkeitsbereich, während der Umweltschutz mit Unterzeichnungen in Höhe von 1,3 Mrd EUR die zweite Stelle einnahm. 1,8 Mrd EUR entfielen auf den Mittelmeerraum, womit der Weg für die erfolgreiche Umsetzung der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) gebahnt ist.

Im Hinblick auf die **Regionalentwicklung und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts** bekräftigt die Bank ihr ehrgeiziges Ziel, 70% der direkten Darlehen für Projekte in den Fördergebieten der Europäischen Union zu vergeben. Die Bank beteiligt sich aktiv an der mit der Kommission eingerichteten Gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die künftigen Maßnahmen zur Unterstützung der Fördergebiete festlegen soll, um so vor allem die



positiven Auswirkungen der Strukturfonds zu maximieren. Darüber hinaus fördert die EIB den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt durch die weitere Finanzierung der **Trans-europäischen Netze**. Auf der Grundlage ihrer in den letzten zehn Jahren erworbenen umfassenden Erfahrung (für diesen Bereich wurden bisher 75 Mrd EUR bereitgestellt) beabsichtigt die EIB, ihre Aktivitäten in die prioritären Maßnahmen, die derzeit von der hochrangigen Arbeitsgruppe für den Bereich TEN geplant werden, zu integrieren.

Die EIB wird ihre **Unterstützung zugunsten der Innovation** fortsetzen und ausweiten. Der Rat der Gouverneure hat die „Innovation-2010-Initiative“ genehmigt. Damit ist gewährleistet, dass die Finanzierung innovativer Vorhaben bis 2010 eine der obersten Prioritäten bleiben wird. Vorbehaltlich des Ergebnisses einer Halbzeitüberprüfung ist im Rahmen der neuen „i2i“ bis Ende 2006 die Durchführung eines Finanzierungsprogramms von 20 Mrd EUR für Vorhaben in den folgenden drei Kernbereichen vorgesehen:

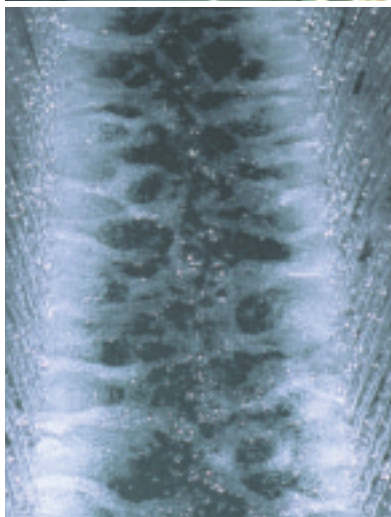
- Allgemeine und berufliche Bildung;
- Forschung und Entwicklung sowie dadurch ermöglichte innovative Investitionen;
- Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Bank verfolgt weiterhin das Ziel, 25-35% der gesamten Finanzierungen zum **Schutz der natürlichen und der städtischen Umwelt** einzusetzen. Darüber hinaus wird die EIB nach neuen Wegen suchen, um die umweltpolitischen Prioritäten der EU in ihrer Finanzierungstätigkeit zu berücksichtigen, insbesondere durch die Unterstützung der EU bei der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen im Hinblick auf Treibhauseffekt und erneuerbare Energien sowie bei der Umsetzung der Ziele des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Die Bank ist in der Arbeitsgruppe der Kommission vertreten, die neue Finanzierungsmechanismen für erneuerbare Energien entwickelt, und verfolgt aufmerksam die Entwicklung der Wasserinitiative der Kommission.

N.B. Der Wortlaut der Rede von Präsident Maystadt kann auf der Website der EIB unter www.eib.org eingesehen werden.

Der Rat der Gouverneure bestätigte die operativen Prioritäten der EIB:

- Regionalentwicklung und Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;
- Umsetzung der Innovation-2010-Initiative (i2i);
- Schutz und Verbesserung der Umwelt;
- Vorbereitung der Beitrittsländer auf die EU-Mitgliedschaft und
- Unterstützung der Entwicklungs- und Kooperationspolitik der EU gegenüber Partnerländern.



Was die **Tätigkeit außerhalb der Europäischen Union** anbelangt, so genehmigte der Rat der Gouverneure die geplante Strategie der EIB für die Beitrittsländer sowie den westlichen Balkan und begrüßte die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) und die im Rahmen des Abkommens von Cotonou vorgesehene Investitionsfazilität.

In den **Beitrittsländern**, wo sich die EIB als wichtigste Quelle für Außenfinanzierungsmittel etablieren konnte, sollen die beitriftswilligen Länder durch die Finanzierung spezifischer Projekte dabei unterstützt werden, den gemeinschaftlichen Besitzstand (Acquis communautaire) zu übernehmen. Ganz generell soll auch der Erweiterungsprozess erleichtert werden. In bestimmten Schlüsselbereichen wird die Bank ihre Aktivitäten intensivieren. Dazu zählen die Darlehensvergabe an Kommunen zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben, ausländische Direktinvestitionen, die umfassende Unterstützung von KMU durch ein Kofinanzierungsprogramm, das gemeinsam mit der Kommission zur Förderung der Vergabe von langfristigen Darlehen entwickelt wurde, und die Bereitstellung umfangreicherer Mittel für Vorhaben in den Sektoren Bildung, FuE und Gesundheit. Da die den neuen Mitgliedstaaten von der EU aus Strukturfonds- und Kohäsionsfondsmitteln gewährten Zuschüsse erheblich angehoben werden, wird die Bank ihre Zusammenarbeit und die Kofinanzierungen mit der Kommission verstärken, um die Synergien zu maximieren. Nach der Erweiterung im Jahr 2004 wird die EIB ihre Tätigkeit in **Rumänien** und **Bulgarien** ausweiten, um dazu beizutragen, dass der Zeitplan für die Erweiterung im Jahr 2007 eingehalten werden kann.

Auf dem **westlichen Balkan** wird die Bank weiterhin eine proaktive Rolle bei der Entwicklung dieser Region spielen. Sie beabsichtigt, in den kommenden drei Jahren Finanzierungen im Betrag von 1,2 Mrd EUR zu gewähren. Bisher hat die EIB ihre Finanzierungen in erster Linie auf den Wiederaufbau der Basisinfrastruktur konzentriert. In Anbetracht der weiteren Stabilisierung in dieser Region wird sie ihre Tätigkeit schrittweise auch auf andere Sektoren ausweiten. Der Umweltschutz, der Ausbau von kommunalen Infrastruktureinrichtungen, die Verbreitung von

Innovationen und die Förderung des Gesundheitswesens und des Humankapitals werden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die EIB wird ihre Aktivitäten weiterhin mit denen anderer internationaler Finanzierungsinstitutionen – insbesondere der Weltbank und der EBWE – abstimmen.

In den **Partnerländern des Mittelmeerraums** ist im Jahr 2002 die Tätigkeit im Rahmen der FEMIP-Initiative in Barcelona offiziell aufgenommen worden. Seit Oktober 2002 hat die EIB Darlehen im Gesamtbetrag von 1,5 Mrd EUR genehmigt. Mehr als ein Drittel dieser Mittel wurde dem privaten Sektor gewährt, der im Mittelpunkt der Tätigkeit im Rahmen der Fazilität steht. Was die künftige Ausrichtung der FEMIP betrifft, so wurde auf der Tagung des Ministerausschusses in Istanbul im April 2003 ein konstruktiver Dialog mit den Vertretern aller beteiligten Parteien aufgenommen: den EU-Mitgliedstaaten, den Partnerländern und den Institutionen. Die Hauptaufgabe der FEMIP besteht darin, den Zugang der Privatwirtschaft zu Finanzierungsmitteln zu erleichtern. Die Entwicklung von Globaldarlehen und neuen Produkten zur Bereitstellung von Eigenkapital und Quasikapital wird entscheidend zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

Die Tätigkeit in den Ländern **Afrikas**, der **Karibik** und des **Pazifik** erfolgt auf der Grundlage des **Abkommens von Cotonou**. Dieses Abkommen stellt eine wichtige Etappe in der Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten dar, in deren Rahmen die wirtschaftliche Entwicklung dieser

Länder gefördert werden soll, um die Armut zu verringern. Dabei wird die vorrangige Rolle des privaten Sektors bei der Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand anerkannt. In diesem Zusammenhang werden die aus Mitteln der Investitionsfazilität, die am 2. Juni 2003 offiziell in Kraft getreten ist, mitfinanzierten Operationen häufiger als bisher eine Risikoteilung beinhalten, und die Projekte müssen eine angemessene Rendite ermöglichen. Auf diese Weise wird die Bank einen revolving Fonds einrichten und die Erlöse aus Rückzahlungen und Dividenden für neue Finanzierungen verfügbar machen. Die Aufgabe, ausreichend hohe Erträge zu erwirtschaften, um die Aufrechterhaltung einer solchen revolving Fazilität zu ermöglichen, stellt in Anbetracht der finanziellen Risiken, mit denen die meisten Projekte in den AKP-Staaten verbunden sind, zweifellos eine Herausforderung dar. Die EIB wird einen Betrag von bis zu 2,2 Mrd EUR verwalten, der aus Haushaltsmitteln der EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt wird. Außerdem wird sie die Tätigkeit im Rahmen der Investitionsfazilität durch Darlehen aus eigenen Mitteln in Höhe von maximal 1,7 Mrd EUR ergänzen.

Paul Gerd Löser
Hauptabteilung Information und
Kommunikation
(+352) 43 79-3139
p.loeser@eib.org

Die neuen EIB-Vizepräsidenten nehmen erstmals an der Sitzung des Rates der Gouverneure teil



„i2i“: Perspektive 2010



Die Finanzierung der Innovation wird bis zum Jahr 2010 eine der ersten Prioritäten der EIB bleiben. Auch wenn das „i2i“-Programm 2003 das Ende seiner ursprünglichen Laufzeit von drei Jahren erreicht, behält das im Rahmen der „Lissabonner Strategie“ gesetzte Ziel seine Gültigkeit. In Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Stockholm (März 2001) und von Barcelona (März 2002) haben die Gouverneure der EIB in ihrer Jahressitzung am 3. Juni 2003 der Erneuerung dieses Programms zugestimmt, das sich nunmehr „Innovation-2010-Initiative“ nennt.

Die Innovation-2010-Initiative stützt sich auf die Erfahrungen, die die EIB-Gruppe bei der Umsetzung der Innovation-2000-Initiative gesammelt hat. Diese wurde im Juni 2000 eingerichtet, um den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Lissabon Rechnung zu tragen, die die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation basierenden europäischen Wirtschaft zum Ziel hatten.

Als Fortsetzung und Neuorientierung der „Innovation-2000-Initiative“ spiegelt das „i2i-2010“-Programm die langfristige Ausrichtung der Ziele von Lissabon und Barcelona wider. Es bildet den Rahmen für die diesbezüglichen Maßnahmen der EIB-Gruppe bis zum Ende des Jahrzehnts, wobei für den Zeitraum von Juni 2003 bis Dezember 2006 ein neuer indikativer Betrag von 20 Mrd vorgesehen ist.

Nach Ablauf dieses Zeitraums wird die EIB-Gruppe eine Halbzeitüberprüfung vornehmen, um eine Feinabstimmung der Prioritäten und Instrumente der Initiative bis Ende 2010 vornehmen zu können.

Es sei daran erinnert, dass im Rahmen der i2i die folgenden Instrumente zum Einsatz kommen:

- **mittel- und langfristige Darlehen der EIB**, gegebenenfalls in Form von Finanzierungen mit Risikoteilung oder strukturierten Darlehen sowie
- **Übernahme von Beteiligungen sowie Rückbürgschaften des EIF** zugunsten von KMU, um deren Wachstum und Entwicklung durch die Bereitstellung von Eigenkapital aus Risikokapitalmitteln oder durch den leichteren Zugang zu Bankdarlehen zu fördern.

Ein integrierter Ansatz

Die Innovation-2010-Initiative basiert auf einem integrierten Ansatz, bei dem der Schwerpunkt auf den Bindegliedern zwischen der Schaffung von Wissen und dem Markt liegt. Er umfasst alle Phasen dieses Prozesses von der Ausbildung über Forschung und Entwicklung (FuE) bis zur Umsetzung der Innovation in Investitionen, die zu Produktivitätszuwächsen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft führt. Dieser integrierte Ansatz stellt ein grundlegendes Element der effizienteren Innovationsförderung dar, da er eine Hebelwirkung auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ausübt.

Auf der Grundlage der in den 30 Monaten seit Einführung der ersten i2i gemachten Erfahrungen (*siehe Kasten*), des grundsatzpolitischen Dialogs mit der Kommission und ihrer Kontakte mit öffentlichen und privaten Wirtschaftsakteuren dürfte sich diese neue Initiative nach Ansicht der Bank auf drei vorrangige Tätigkeitsbereiche konzentrieren:

- **Aus- und Weiterbildung**, einschließlich des lebenslangen Lernens in der Industrie und im Dienstleistungssektor, der Integration der Forschungskomponente in Hochschulprojekte, der digitalen Kompetenz und des e-Learning (eEurope), der Entwicklung und Verbreitung von Wissen mittels neuer Medien.
- **FuE sowie innovative Investitionsvorhaben in nachgelagerten Bereichen**, insbesondere seitens der Privatwirtschaft in Produkte und Verfahren; diese Komponente betrifft insbesondere gesamteuropäische FuE-Projekte und die Finanzierung öffentlicher oder internationaler Forschungseinrichtungen, die Unterstützung von Privatinitiativen – insbesondere der von KMU – im FuE-Bereich und im Bereich von FuE-Pools sowie die kombinierte Anwendung der Forschung auf Ziele im Industrie- oder Dienstleistungssektor; die Unterstützung von mit Inkubatoren vergleichbaren Einrichtungen, die auf die Bedürfnisse junger Unternehmen abgestimmt sind sowie die Kofinanzierung von Forschungsprogrammen, die für Maßnahmen des 6. Rahmenprogramms der EU für Forschung und technologische Entwicklung in Betracht kommen.
- **Schaffung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)**, zum Beispiel im Hinblick auf Hardware, Inhalte und Anwendungen. Unter dieses Ziel fallen: die Schaffung von Breitbandnetzen (sowohl im Festnetz- als auch im Mobilfunkbereich) und deren Zugangseinrichtungen (z.B. AsDSL, DSL, UMTS) sowie die FuE in diesem Sektor; Plattformen für terrestrisches Digitalfernsehen (DTTV); Investitionen in elektronische Dienste (z.B. elektronischer Handel, Online-Gesundheitsfürsorge, elektronische Behördendienste); Entwicklung intelligenter Verkehrs-

leit- und Transportmanagementsysteme (z.B. Galileo) und die Entwicklung europäischer Standards für Verkehrsnetze (ERTMS, ETCS, LCTC, GSM-R im Eisenbahnsektor) oder Notrufsysteme (TETRA); ganz allgemein die Unterstützung der im Rahmen der Programme „eEurope2005“ und „eEurope+“ geförderten Projekte.

Die EIB-Gruppe kann - da sie den Innovationsprozess als „Wissensnetz“ ansieht, ihre Tätigkeit sowohl auf die „Enabler“, die innovative Prozesse erst ermöglichen (z.B. Infrastrukturen für Wissen und dessen Verbreitung) als auch auf die „Intermediäre“, die dieses Wissen anwenden, und schließlich auf die Akteure richten, die die kommerziellen Inhalte und Produkte schaffen, die die „Resultate des innovativen Wissensnetzes“ in der europäischen Gesellschaft bilden.

Aufgrund der Vielfalt der für ein solches Netz der Wissenstransformation relevanten Vorhaben werden im Rahmen der neuen i2i neben den herkömmlichen Investitionen in Sachanlagen (z.B. Infrastruktureinrichtungen, Gebäude und deren wissenschaftliche oder technische Ausstattung) mehr **Finanzierungen der EIB zugunsten**

von immateriellen Vermögenswerten (z.B. Schulungs- und Forschungsprogramme und Patente) mobilisiert werden.

Darüber hinaus wird die EIB-Gruppe Projekten, die **Synergien zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor** fördern oder aus diesen entstanden sind, Priorität einräumen, da die Mobilisierung von Vorhaben dieser beiden Sektoren zusammengenommen ausschlaggebend dafür ist, dass das vom Europäischen Rat Barcelona im März 2002 festgelegte ehrgeizige Ziel – 3% des BIP der Union bis 2010 für Forschung und Entwicklung – erreicht wird.

Verstärkte Zusammenarbeit mit der Kommission

Die verstärkte Zusammenarbeit mit der Kommission hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Tätigkeit der EIB in den für i2i-Finanzierungen in Betracht kommenden Bereichen.

Diese Zusammenarbeit nimmt verschiedene Formen an:

- Koordination (und, wo dies möglich ist, Kofinanzierung) von Schlüsselinitiativen, die für Maßnahmen des im November 2002 eingeführten 6. Rahmenprogramms der Union für Forschung und technologische Entwicklung in Betracht kommen;
- Umsetzung der Vereinbarungen mit der Generaldirektion Informationsgesellschaft über einen europäischen Ansatz zur Finanzierung von Technologienetzwerken und Projekten im Bereich IKT-Inhalte und -Anwendungen;
- Schaffung von Synergien mit der Generaldirektion Kultur zur Unterstützung und Finanzierung von Projekten im europäischen audiovisuellen Bereich;
- Abschluss und Umsetzung von Kooperationsvereinbarungen mit der Kommission zur Optimierung der Synergien zwischen den beiden Institutionen in den Bereichen Regionalentwicklung und Integration der künftigen Mitgliedstaaten, insbesondere zum Zweck der Maximierung des effizienten Einsatzes der europäischen Strukturfonds.

Eine gesamteuropäische Dimension

Wie bei der ersten Initiative wird „Innovation 2010“ **den in Regionalentwicklungsgebieten liegenden Projekten absoluten Vorrang** einräumen. Die Schaffung von Kompetenzzentren in den am wenigsten entwickelten Regionen der Union oder den Ländern, die 2004 der EU beitreten werden, ist zweifellos ein wichtiger Faktor dafür, den Bürgern Europas gleichen Zugang zu den Technologien einer im Wandel befindlichen Welt zu verschaffen. Die Initiative trägt darüber hinaus dazu bei, die Tendenz, Investitionen in den reicheren Regionen eines vereinigten Wirtschaftsraums zu konzentrieren, abzuschwächen. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass 66% der Finanzierungen der Bank im Zeitraum 2000-2003 im Rahmen der ersten i2i Projekte betrafen, die ihren Standort in den am wenigsten entwickelten Gebieten der Union oder der beitretenden Länder hatten, was den hohen Zusatznutzen, der mit der Einschaltung der EIB verbunden ist, und ihr Engagement dafür unter Beweis stellt, einen Know-how-Transfer zugunsten der mit den

größten Rückständen konfrontierten Regionen zu gewährleisten.

Aufgrund dieser positiven Erfahrung haben die Gouverneure der EIB beschlossen, den **geographischen Einschaltungsbereich der „Innovation-2010-Initiative“** auszuweiten, indem diese - entsprechend dem im März 2002 in Barcelona von den Staats- und Regierungschefs erklärten Ziel - in den Zusammenhang der Schaffung eines Europäischen Forschungsraums gestellt wird.

So kommen die folgenden Ländergruppen für eine Einschaltung der EIB im Rahmen der neuen „i2i“ in Frage:

- die derzeitigen Mitgliedstaaten (EU-15) mit einem besonderen Schwerpunkt auf Vorhaben mit Standort in Fördergebieten oder in den Kohäsionsländern;
- die zehn neuen Mitgliedstaaten, die der EU im Mai 2004 beitreten werden;
- die Beitrittsländer, d.h. Bulgarien, Rumänien und die Türkei;
- die westlichen Balkanländer, wo, da die Unterstützung der EIB zugunsten des Wiederaufbaus und der Entwicklung erste positive Ergebnisse bringt, ein erheblicher Bedarf in Form von Bildungseinrichtungen und Technologie-netzen zu decken sein wird.

Umfangreiche Mittel

Der von den Gouverneuren der Bank für den Zeitraum von Mitte 2003 bis Ende 2006 beschlossene indikative Darlehensrahmen von 20 Mrd wird zusammen mit dem von der EIB für das erste i2i-Programm genehmigten Betrag von rund 17 Mrd den durchschnittlichen Finanzierungsbeitrag der EIB-Gruppe zur Unterstützung der Ziele der „Lissabonner Strategie“ auf etwa 6,5 Mrd pro Jahr erhöhen. Unter Berücksichtigung des bereits gebundenen Darlehensvolumens und des von den Wirtschaftsakteuren angemeldeten Bedarfs kann realistischere Weise davon ausgegangen werden, dass dieser jährliche Durchschnitt während des gesamten Jahrzehnts beibehalten werden wird. Somit dürfte die Unterstützung der EIB-Gruppe zugunsten der unter die i2i fallenden Sektoren bis Ende 2010 deutlich über 50 Mrd EUR liegen.

Henry Marty-Gauquié
 Direktor der Hauptabteilung
 Information und Kommunikation
 (+352) 43 79-3153
 h.marty@eib.org

„i2i“: Bilanz 2000-2002

Ende des Jahres 2002 hatte die EIB-Gruppe die Ziele, die der Europäische Rat ihr in Lissabon gesetzt hatte, praktisch schon erreicht: Innerhalb von zweieinhalb Jahren hat sie ein Finanzierungsvolumen von fast 17 Mrd EUR (EIB 14,4 Mrd + EIF 2,5 Mrd) für rund 300 Vorhaben in sämtlichen Mitgliedsländern und in den zehn beitretenden Staaten genehmigt. Die unterzeichneten Darlehen erreichten insgesamt 10,8 Mrd (davon mehr als 3,6 Mrd in 2002), während sich das Volumen der Beteiligungsübernahmen des EIF auf mehr als 2,5 Mrd (davon 471,5 Mio in 2002) belief.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die EIB durch die Bereitstellung diversifizierter Finanzierungsprodukte in „i2i“-Bereichen eine reale Nachfrage der Wirtschaft decken konnte. Hierbei hat sie prioritär solche Investitionen unterstützt, mit denen ein Transfer von Know-how in die am wenigsten entwickelten Gebiete erreicht und somit der zusätzliche Nutzen der Tätigkeit verdeutlicht wird:

- **Regionalentwicklung:** 66% der Finanzierungen betrafen Projekte, die den Zugang der wirtschaftsschwächsten Regionen der Union und der beitretenden Länder zu modernsten Technologien fördern; dies gilt insbesondere für Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Technologienetze.
- **Innovationsgehalt:** Seit dem Jahr 2000 hat sich der Innovationsgehalt der finanzierten Projekte deutlich erhöht. Auf Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE), insbesondere solche im Bereich Life Sciences, entfielen 59% der 2002 genehmigten Darlehen; die Projekte im Bildungswesen (26% der Darlehen in 2002) enthalten eine starke innovative Komponente entweder durch den Einsatz von IKT-Technologien (e-Learning) oder durch die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung und -entwicklung (Universitäten und Universitätskliniken). Die Auswahl der Projekte zur Umsetzung von IKT-Netzen (10% der Darlehen in 2002) erfolgte entweder aufgrund ihrer beträchtlichen Auswirkungen auf die Regionalentwicklung oder aufgrund ihres Beitrags zur Verbreitung von Innovationen (auf die Produktion oder Verbreitung audiovisueller Werke angewandte digitale Technologien).
- **Sektorale Verteilung:** Die Verteilung der Finanzierungen auf die verschiedenen, im Rahmen der i2i abgedeckten Bereiche hat sich ebenfalls verändert: Während im Jahr 2000 die Mehrzahl der im Prüfungsstadium befindlichen Projekte hauptsächlich die Telekommunikation (59%) betrafen, ergeben sich aus der sektoralen Aufschlüsselung der Ende 2002 genehmigten Projekte folgende Prozentsätze: Bildungswesen/e-Learning 43%, FuE 39%, Technologienetze 10% und Verbreitung von Innovation/audiovisueller Bereich 8%.



Einrichtung der neuen Investitionsfazilität der EIB für die AKP-Staaten



EIB-Präsident Maystadt begrüßt senegalesischen Präsidenten Wade

Am 2. Juni 2003 hat die EIB an ihrem Sitz in Luxemburg offiziell die neue Investitionsfazilität vorgestellt, deren Mittel für die Finanzierung von Investitionen des privaten Sektors in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean bestimmt sind. Dieses Instrument soll dazu beitragen, die Armut zu bekämpfen. Die Investitionsfazilität ist Teil des Partnerschaftsabkommens von Cotonou zwischen den AKP-Staaten und der EU.

Die Aufnahme der Aktivitäten auf der Grundlage der Investitionsfazilität stellt eine entscheidende Weiterentwicklung der mehr als vierzigjährigen Tätigkeit der EIB in den AKP-Staaten dar. Während dieses Zeitraums hat die Bank im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit dieser Region mehr als 7 Mrd EUR für Projekte von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung zur Verfügung gestellt.

Bei der Eröffnungsfeier waren **Abdoulaye Wade**, Präsident der Republik Senegal, der kenianische Finanzminister **David Mwiraria**, **Nikolaus Christodoulakis**, EIB-Gouverneur und Finanzminister der Hellenischen Republik, als Vertreter des EU-Ratsvorsitzes und EU-

Kommissar **Pedro Solbes** anwesend. Weitere Gäste waren Botschafter der 78 AKP-Staaten sowie Vertreter der anderen Europäischen Institutionen und der bilateralen Hilfsorganisationen der EU-Mitgliedstaaten.

Bekämpfung der Armut

Das Abkommen von Cotonou stellt die Fortsetzung der Zusammenarbeit dar, die im Laufe mehrerer Abkommen entwickelt worden ist, die zwischen den AKP-Staaten und der EU geschlossen wurden. Dabei handelt es sich zunächst um die Abkommen von Jaunde und danach um die Abkommen von Lome, die Handelsbeziehungen, die Zusammenarbeit und die Entwicklungshilfe abdecken. Das Abkommen von Cotonou legt den Grundstein für die neue Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der EU in den nächsten 20 Jahren. Sein Hauptziel ist es, „die Armut einzudämmen und schließlich zu besiegen“ und zu „der nachhaltigen Entwicklung und der schrittweisen Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft“ beizutragen.

Gemäß diesem Abkommen wird die EIB in den kommenden fünf Jahren eine neue Investitionsfazilität verwalten, die mit 2,2 Mrd EUR ausgestattet ist und deren Mittel in erster Linie für Projekte des privaten Sektors oder für Vorhaben des öffentlichen Sektors

bestimmt sind, die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Die Kapitalausstattung erfolgt seitens der EU-Mitgliedstaaten. Parallel zur Investitionsfazilität werden weitere 1,7 Mrd EUR zum Einsatz gelangen, die aus eigenen Mitteln der EIB stammen. Die Bank hat sich verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren Darlehen in dieser Höhe für Vorhaben in den AKP-Staaten bereitzustellen. Die eigenen Mittel der EIB stammen aus ihrer Mittelbeschaffungstätigkeit auf den Kapitalmärkten.

Im Abkommen von Cotonou ist als Hauptziel der neuen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU nicht nur die Bekämpfung der Armut verankert, sondern darin wird auch anerkannt, dass Staaten eine nachhaltige Entwicklung nicht ausschließlich durch politische Maßnahmen in den Bereichen Steuern und Einkommensverteilung bewirken können. Die Eindämmung der Armut ist der Schlüsselfaktor in einem Prozess, in dessen Verlauf der Staat Tätigkeiten abgibt, die dem heutigen Wissensstand zufolge besser Unternehmen übertragen werden.

Ebenso wie in Europa, in dem Privatisierungs- und Deregulierungsreformen immer noch nicht ganz abgeschlossen sind, hat die Privatwirtschaft in den AKP-Staaten schrittweise einen immer größeren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwick-

lung geleistet. Zahlreiche AKP-Staaten haben auf diesem Gebiet schon erhebliche Fortschritte erzielt. Dies zeigt sich auch in der Finanzierungstätigkeit der Bank aus eigenen Mitteln in den AKP-Staaten. In den letzten fünf Jahren hat die EIB hier Anlageinvestitionen im Betrag von 203 Mrd EUR mitfinanziert; 45% dieser Mittel betrafen Investitionsvorhaben des privaten Sektors sowie Projekte, mit denen die Weiterführung des Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesses gefördert wird.

Die Bedeutung des Abkommens von Cotonou ist darin zu sehen, dass es die Bekämpfung der Armut vom Wirtschaftswachstum und das Wirtschaftswachstum wiederum von einer besseren staatlichen Führung und einer stärkeren Integration in die internationale Marktwirtschaft abhängig macht. All dies hängt in hohem Maße von der Entwicklung der Privatwirtschaft ab, die im Abkommen von Cotonou als der eigentliche Wachstumsmotor angesehen wird. Die Tätigkeit des privaten Sektors wird als Faktor erachtet, durch den Befähigung und Unternehmergeist freigesetzt, ein Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet, Wohlstand verbreitet und Wege gefunden werden können, um mehr Mittel für soziale Reformen verfügbar zu machen.

Verfügbare Mittel

Im Rahmen des Abkommens von Cotonou wird die EIB im Zeitraum 2003-2008 rückzahlbare Hilfe im Gesamtbetrag von fast 4 Mrd EUR für Projekte in den AKP-Staaten gewähren. Des Weiteren werden Zuschüsse aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds der EU, der von der Kommission verwaltet wird, und bilaterale Hilfe der EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt.

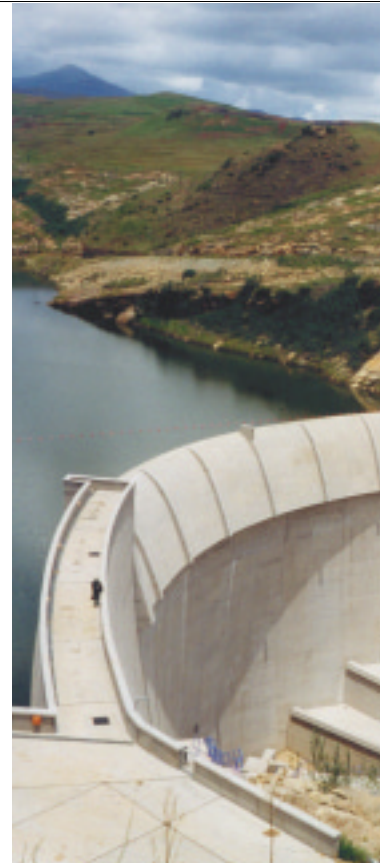
Zwei Finanzierungsformen stehen zur Verfügung:

Die im Rahmen des Abkommens von Cotonou verfügbaren Mittel		
Europäischer Entwicklungsfonds		
Europäische Kommission	Europäische Investitionsbank	
	Investitionsfazilität	Eigene Mittel der EIB
Zuschüsse	Darlehen/Kapitalbeteiligungen/Garantien für Investitionsvorhaben	Darlehen für Investitionsvorhaben
11,3 Mrd EUR	2,2 Mrd EUR	1,7 Mrd EUR



Die Investitionsfazilität (IF) ersetzt die früheren Risikokapitalmittel der EU-Mitgliedstaaten, die ebenfalls von der Bank verwaltet wurden. Neu ist, dass die Investitionsfazilität als revolving Fonds konzipiert ist: Die Rückflüsse werden zur Unterstützung weiterer Projekte in den AKP-Staaten erneut verwendet werden.

Im Rahmen der IF sind verschiedene Formen von vor- und nachrangigen Darlehen und Finanzierungsinstrumenten mit Risikoteilung verfügbar. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass die Bedingungen und Modalitäten flexibel an die Besonderheiten des jeweiligen Vorhabens angepasst werden können – beispielsweise durch eine variable Vergütungskomponente, die an den Erfolg eines Projekts gekoppelt ist.



Damit wird das projektbezogene Risiko übernommen, während gleichzeitig entsprechende Erträge erwartet werden, um die Tragfähigkeit der IF sicherzustellen.

Aus eigenen Mitteln der EIB werden langfristige vorrangige Darlehen zu sehr günstigen Finanzierungsbedingungen gewährt, die für größere Vorhaben mit geringerem Risiko und für Finanzsektor-Operationen bestimmt sind. Bei den Darlehen aus eigenen Mitteln übernimmt die Bank nur ein geringes Risiko, das sie durch Garantien und Besicherungsvereinbarungen verringert.

Da die EIB keinen Erwerbszweck verfolgt, gibt sie die mit ihrem AAA-Rating verbundenen Vorteile an ihre Darlehensnehmer weiter. Generell setzt sie die Zinssätze für ihre Darlehen aus eigenen Mitteln mit Bezug auf ihr AAA-Rating fest. Im Rahmen der Investitionsfazilität kann sie allerdings höhere Risiken übernehmen, was sich auch in der Zinsfestsetzung für diese Operationen niederschlagen wird.

Mehr Verantwortung

Im Abkommen von Cotonou wird die Eigenverantwortung der AKP-Staaten für die im Partnerschaftsabkommen

Palette der verfügbaren Finanzierungsinstrumente

	Investitionsfazilität	Eigene Mittel der EIB
Vorrangige Darlehen:	<p>Zinsfestsetzung: Referenzzinssatz der EIB plus Aufschlag.</p> <p>Besicherung: Bürgschaft (international oder national) oder Besicherung durch das Projekt.</p> <p>Währung: EUR (die Auszahlungen können auch in anderen Währungen – z.B. in Landeswährung – erfolgen).</p>	<p>Zinsfestsetzung: Referenzzinssatz der EIB.</p> <p>Besicherung: Erstklassige oder hochwertige Bürgschaft (möglicherweise mit Ausklammerung des politischen Risikos).</p> <p>Währung: EUR, USD, GBP und ZAR.</p>
Nachrangige Darlehen:	<p>Zinsfestsetzung: Referenzzinssatz der EIB plus Aufschlag.</p> <p>Besicherung: Besicherung durch das Projekt oder andere Sicherheiten.</p> <p>Währung: EUR (die Auszahlungen können auch in anderen Währungen – z.B. in Landeswährung – erfolgen).</p>	-
Quasieigenkapital: Beteiligungsdarlehen oder bedingte Darlehen:	<p>Zinsfestsetzung: Variable Vergütung in Abhängigkeit von den Projektergebnissen.</p> <p>Besicherung: In der Regel unbesichert bzw. nachrangig mit bestimmten Klauseln.</p> <p>Währung: EUR (die Auszahlungen können auch in anderen Währungen – z.B. in Landeswährung – erfolgen).</p>	-
Eigenkapitalbeteiligungen:	<p>Zinsfestsetzung: Dividenden / Veräußerungsgewinne.</p> <p>Besicherung: Keine.</p> <p>Währung: Landeswährung.</p>	-

festgelegten Entwicklungsstrategien betont und gefördert. Für die AKP-Staaten ist dies mit mehr Verantwortung verbunden – insbesondere auf dem Gebiet des politischen Dialogs und der staatlichen Führung. Im Rahmen des Abkommens von Cotonou wird die EIB die Tragfähigkeit und Rentabilität der von ihr aus Mitteln der Investitionsfazilität finanzierten Projekte sicherstellen.

Bei der Eröffnungsfeier wies EIB-Präsident **Philippe Maystadt** darauf hin, dass die EIB mit ihrer 45-jährigen Erfahrung bei der Finanzierung von Projekten keine Mühe scheuen wird, um die Investitionsfazilität sowie die Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank als Instrumente zu gestalten, mit denen die AKP-Staaten aktiv bei ihren Entwicklungsbemühungen unterstützt werden können. Mit dieser Partnerschaft werden Synergien zwischen der EU, der EIB und den AKP-Staaten geschaffen.

Regionalbüros

Der EIB-Präsident gab auch die Eröffnung von drei regionalen Vertretungsbüros in den AKP-Staaten bekannt, wobei das Büro in Dakar für Westafrika, das in Nairobi für Ost- und Zentralafrika und das in Pretoria für das südliche Afrika zuständig sein wird. Diese regionalen Vertretungen werden in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eingerichtet, und auf diese Weise kann die Präsenz

der EU-Institutionen in den AKP-Staaten gestärkt werden. Die EIB-Büros werden den Unternehmen in den jeweiligen Regionen als Anlaufstelle dienen und als zentrale Stellen für die Tätigkeit der Bank in den AKP-Staaten fungieren.

Abraham Schim van der Loeff
Hauptabteilung Information und Kommunikation
 (+352) 43 79-3134
 schimvan@eib.org





EIB und erneuerbare Energien

Mit ihrer Finanzierungstätigkeit unterstützt die EIB die Durchführung von Investitionsvorhaben, die den Zielen der Europäischen Union dienen. Der Schutz der Umwelt und die Verbesserung der Lebensqualität gehören zu den obersten Prioritäten der Bank. So hat sie sich zum Ziel gesetzt, 25-33% ihrer Darlehen in den heutigen und den künftigen Mitgliedstaaten der EU für diese Bereiche einzusetzen. Im Zeitraum 1999 bis 2002 betrug der Anteil der Finanzierungen für große Umweltprojekte in der EU 35%, in den Beitrittsländern 28% und in den übrigen Nicht-EU-Ländern (Mittelmeerraum, Balkanländer, AKP-Länder, Asien und Lateinamerika) 23%.

Verstärkte Unterstützung der EIB zugunsten erneuerbarer Energiequellen

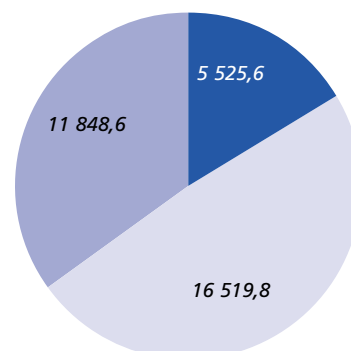
Um die internationalen Ziele der Union und ihrer Mitgliedstaaten hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung und Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen und damit die Bemühungen um einen rationellen Einsatz und Einsparungen von Energie zu fördern, hat die EIB in jüngster Zeit ihre Finanzierungsstrategie für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien ausgeweitet. 2002 hat sie sich zum Ziel gesetzt, den Anteil dieser Finanzierungen in den kommenden fünf Jahren von 7,5% auf mindestens 15% des gesamten Finanzierungsvolumens für den Energiebereich aufzustocken.

Die grundlegende Strategie der Bank für eine Verstärkung ihrer Tätigkeit in diesem Sektor umfaßt:

- Darlehen für **FuE-Projekte** sowie für Programme, mit denen innovative Technologien zur Nutzbarmachung

Darlehen für große Umweltprojekte 1999-2002: 32,3 Mrd EUR

- REGIONALE UND GLOBALE UMWELT
(Energieeinsparung, erneuerbare Energie, Kohlenstoffbindung, nachhaltiger Verkehr)
- STÄDTISCHE UMWELT
(öffentlicher Nahverkehr, Stadterneuerung, Wiederaufbau nach Naturkatastrophen)
- NATÜRLICHE UMWELT
(Wasser, Luft, Bodenschutz, Abfallwirtschaft)



Anm.: Bestimmte Projekte können gleichzeitig mehreren Kategorien zugeordnet werden.



erneuerbarer Energien gefördert werden;

- Finanzierung industrieller Ausrüstungen, die für Projekte bzw. Programme zugunsten erneuerbarer Energien erforderlich sind;
- Ausweitung ihrer Finanzierungen in den beitretenden Staaten und in den Beitrittsländern für Projekte im Bereich erneuerbare Energien, insbesondere für die Sanierung von Wasserkraftanlagen und die Entwicklung von geothermischen Kraftwerken, Bioenergie- und Windenergieanlagen;
- Koordination mit der Kommission zur Erzielung größerer Synergieeffekte zwischen den Haushaltsmitteln der EU und den EIB-Darlehen zur Unterstützung von Projekten, die diese Energiequellen betreffen.

Die Bank prüft auch die Möglichkeit der Darlehensvergabe an spezialisierte Intermediäre, die über geeignete Ressourcen zur Beurteilung und Betreuung kleinerer und geographisch weit verstreut liegender

Vorhaben im Energiesektor verfügen und mit der EIB vereinbarte Auswahlkriterien anwenden. Dadurch könnte ein Anreiz für Investitionen in die Dezentralisierung von Stromerzeugungsanlagen geschaffen werden.

Ein Wachstumssektor

In der Vergangenheit konzentrierten sich die Ausleihungen der EIB für Projekte zugunsten erneuerbarer Energieträger vor allem auf die kommerziell und technisch ausgereifteren Bereiche wie Wasserkraftwerke und geothermische Anlagen, in jüngerer Zeit jedoch auch auf Projekte zur Nutzung von Biomasse. Die Finanzierungen von Windenergieprojekten waren in einigen Ländern wie Deutschland, Spanien, Italien und Dänemark besonders umfangreich, wobei sich der Schwerpunkt der Tätigkeit inzwischen von kleineren auf größere und von Onshore- auf Offshore-Anlagen verlagert.

Künftig dürften die in vielen Ländern bestehenden finanziellen Anreize in Verbindung mit dem anhaltenden technischen Fortschritt zu einer Zunahme der privaten und öffentlichen Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien innerhalb wie außerhalb der EU führen. Die derzeit bei der Bank zur Prüfung vorliegenden Projekte zugunsten erneuerbarer Energien lassen eine gesunde Mischung von Projekten erkennen. Sie stehen mit der oben erwähnten Strategie in Einklang und dürften ausreichen, die Finanzierungsziele der EIB in diesem Bereich zu erreichen bzw. sogar noch zu übertreffen.

In den Jahren 1993 bis 2002 hat die EIB Einzeldarlehen von mehr als 2,4

Mrd EUR (davon 76% in der EU und 24% außerhalb) für 47 bedeutende Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien (25 in und 22 außerhalb der EU) vergeben.

Auf die folgenden Projekte sei insbesondere hingewiesen:

- Erneuerung von Wasserkraftwerken und Bau von Windparks in Schottland,
- Bau einer Solarmodulfertigungsanlage sowie einer Forschungs- und Entwicklungseinrichtung für Photovoltaik in Alzenau (Bayern),
- Ausbau der Produktionskapazität für Siliziumwafer als Grundwerkstoff für Photovoltaik-Zellen in Freiberg (Sachsen),
- Errichtung eines Offshore-Windparks bei Esbjerg (Dänemark),
- Aufbau eines Programms mit 7 Windparks in Griechenland (Festland und Inseln),
- Landesweites Investitionsprogramm für neue und bestehende Windenergieanlagen, geothermische Kraftanlagen sowie Wasserkraftwerke in Italien,
- Modernisierung eines mit Biomasse befeuerten Heizkraftwerks in Swiecie (Nordpolen),
- Bau eines Erdwärmekraftwerks sowie der dazugehörigen Übertragungsleitungen und Schalt- und Umspannwerke in Nairobi (Kenia),
- Bau eines Windparks in der Provinz Tetouan (Marokko),
- Wiederherstellung der Stromerzeugungskapazität des Wasserkraftwerks Victoria Falls (auf der sambischen Seite des Sambesi),
- Bau eines mit Kohle und Bagasse befeuerten Kraftwerks in Mauritius.

Weitere Informationen zum Thema Umwelt finden sich auf der Website der Bank (www.eib.org) im Kapitel „Veröffentlichungen“ unter „Thematic and procedures“ und „Strategies“:

- EIB-Umweltbericht 2001-2002
- Environmental Lending in Central and Eastern Europe
- EIB Sustainable Development & Environment Documents
- EIB Environmental Procedures
- Environmental Statement
- The EIB and its Contribution to Sustainable Development
- EIB Support to Renewable Energies
- EIB and Climate Change
- Zur Wasserproblematik siehe den entsprechenden Artikel in den EIB-Informationen Nr. 112 .

Yvonne Berghorst
Hauptabteilung Information und
Kommunikation
(+352) 43 79-3154
y.berghorst@eib.org

Neue Veröffentlichung über die EIB und den Wassersektor

Seit Mitte der achtziger Jahre ist die Wasserwirtschaft für die EIB im Rahmen ihrer Förderung des Umweltschutzes und der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zu einem wichtigen Finanzierungsbereich geworden (vgl. Artikel „EIB-Finanzierungen für Projekte in der Wasserwirtschaft“ in den EIB-Informationen Nr. 112).

Die Bank hat vor kurzem ein Informationsblatt veröffentlicht, in dem die Politik der Bank und ihre

Tätigkeit im Wassersektor dargelegt werden. Es kann auf der Website der Bank (www.eib.org) im Kapitel „Veröffentlichungen“ unter „Thematic & Procedures“ abgerufen werden.



Aguas de Sevilla: ein innovatives Wasserwirtschaftsprojekt

Durch die Finanzierung von Wasserwirtschaftsprojekten leistet die Europäische Investitionsbank (EIB) einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Europäischen Union. In diesem Kontext stellt das Projekt „Aguas de Sevilla“ ein Beispiel für ein innovatives Wasserwirtschaftsprojekt dar, das einige der Hauptprioritäten der Bank in sich vereint: Regionalentwicklung, Umweltschutz und Verbesserung der Lebensqualität.

Das Projekt ist Teil eines zehnjährigen Rahmeninvestitionsprogramms („Contrato Programa“), das zwischen der Autonomen Region Andalusien und dem Wasserversorgungsunternehmen EMASESA der Stadt Sevilla vereinbart wurde, um die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung in Sevilla (der viertgrößten Stadt Spaniens) zu verbessern.

Das Projekt umfasst verschiedene Einzelvorhaben zur Verbesserung der Wasserversorgung, zur Verringerung der Wasserverluste im Netz, zur Erhöhung des Wasserdrucks und zur Verbesserung der Behandlung von Rückständen.

Mit über 7 Mio Einwohnern ist Andalusien das größte Ziel-1-Gebiet in Spanien und eine der größten und bevölkerungsreichsten Regionen in Europa. In einer Region mit knappen Wasserressourcen ist die Finanzierungstätigkeit der EIB von entscheidender Bedeutung dafür, dass die durch die Umweltschutzrichtlinien der EU vorgegebenen Standards erreicht und die Endverbraucher in die Lage versetzt werden können, eine verbesserte umweltfreundliche Wasserversorgung in Anspruch zu nehmen und für derartige Dienstleistungen zu zahlen.

Im Hinblick auf die Finanzierungsstruktur ist die wichtigste Neuerung des Projekts darin zu sehen, dass die Finanzierung die Abtretung der Rechte der EMASESA, eine Investitionsabgabe bei den Endverbrauchern („Canon de Mejora“) zu erheben, durch Geschäftsbanken an die Bank vorsieht. Die Investitionsabgabe wurde durch eine Verordnung der Regionalregierung von Andalusien speziell für die Finanzierung des Investitionsprogramms geschaffen. Aus der Sicht des städtischen Wasserversorgungsunternehmens besteht der wichtigste Vorteil dieser Finanzierungsstruktur darin, dass die Rechte auf projektbezogener Basis ohne Rückgriffsrechte abgetreten werden und der Verschuldungsgrad der Kommune somit unberührt bleibt. So ist es auch nicht überraschend, dass das Projekt vor kurzem von Euromoney die Auszeichnung „Municipal Deal of the Year“ erhielt. Weitere derartige Finanzierungen dürften folgen.

Die Mitwirkung an dieser innovativen Finanzstruktur wird es der EIB ermöglichen, die an der Finanzierung des Projekts beteiligten Geschäftsbanken (Dexia, Ahorro Corporación Financiera und Financial Security Assurance) bei der Entwicklung ihrer Darlehensvergabe für PPP-Infrastrukturvorhaben mit geringerer Auswirkung auf ihre Bilanz und auf Erwägungen der Kapitalunterlegung zu unterstützen. Dies wird sich weiterhin positiv auf die Entwicklung von Finanzierungen im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften in Einklang mit den politischen Zielen der EIB und der spanischen Regierung auswirken.

EIB-Forum 2003 in Dublin am 23. und 24. Oktober



BEI/EIB
FORUM
.....
2 0 0 3 D U B L I N

*Das Thema des diesjährigen Forums lautet:
„Perspektiven der ökologischen Nachhaltigkeit: Europas langfristige Energie- und Wasserpolitik“.*

Wir brauchen eine nachhaltige Entwicklung, wenn wir nicht das Recht künftiger Generationen auf eine gesunde Umwelt gefährden wollen. Obwohl die Gefährdung der Umwelt derzeit nicht mehr wie in früheren Jahren zu den drängendsten Sorgen der Bürger und Bürgerinnen Europas zählt, da andere Ungewissheiten bezüglich Beschäftigung und sozialer Absicherung stärker in den Vordergrund getreten sind, zählt die nachhaltige Entwicklung auch künftig zu den Prioritäten der politischen Tagesordnung. Eine nach-

haltige Entwicklung fällt uns jedoch nicht in den Schoß, sondern erfordert Weitblick, politischen Durchsetzungswillen und langfristige Strategien, die von den demokratischen Institutionen und der Zivilgesellschaft in Europa getragen werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, was auch die Umgestaltung des europäischen Energiesektors und eine Verbesserung der Wasserbewirtschaftung umfasst. Das Forum wird prüfen, welche

Anstrengungen in den Mitgliedstaaten unternommen wurden, um die anlässlich des UN-Gipfels in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Verringerung des Ausstoßes umweltschädlicher Gase zu erfüllen und so dem Klimawandel entgegenzuwirken. Dabei sollen auch Zukunftsszenarien für alternative Energieträger, ihre finanzielle Tragfähigkeit und die für ihre Umsetzung erforderlichen Investitionsstrategien untersucht werden. Ein weiteres Thema wird die Bewirtschaftung der Wasser-

Programm des EIB-Forums 2003 in Dublin

Donnerstag, 23. Oktober 2003

13:00 GEMEINSAMES MITTAGESSEN

- 14:00**
- Eröffnungsansprache: **Philippe Maystadt**, Präsident der EIB
 - Begrüßungsansprache: **Charles McCreevy**, Minister der Finanzen, Irland

14:30 **Sitzung I:** *Wie lässt sich das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit im Energiesektor erreichen?*
Leitung: **Michael G. Tutty**, Vizepräsident der EIB

Redner:

- **Loyola de Palacio**, EU-Kommissarin für Verkehr und Energie
- **Jürgen Trittin**, Bundesminister für Umwelt, Deutschland
- **Patricia Hewitt***, Ministerin für Verkehr und Industrie, Vereinigtes Königreich
- **Istvan Csillag**, Minister für Wirtschaft und Verkehr, Ungarn
- **Jan-Erik Enestam***, Minister für Umweltfragen, Finnland

16:30 **SITZUNG II:** *Welche Energiealternativen hat Europa für die Zukunft? Sind sie finanziell tragfähig?*
Leitung: **Michael G. Tutty**, Vizepräsident der EIB

Redner:

- **Fatih Birol**, Chief Economist, Internationale Energieagentur
- **Lars Josefsson***, CEO Vattenfall, Schweden
- **Prof. Antonio Luque**, Leiter des Instituts für Solarenergie der Polytechnischen Universität Madrid, Spanien
- **Dr. Hermann Scheer**, Träger des Weltsolarpreises und des Alternativen Nobelpreises, EUROSOLAR, Deutschland
- **Frank Overmeyer**, Leiter „Strategie, Produkt und Umwelt“, DaimlerChrysler, Deutschland

18:00 SITZUNGSENDE

20:00 **ABENDESSEN (Royal Hospital Kilmainham, Dublin)**

- Begrüßungsansprache: **Royston Brady**, Lord Mayor von Dublin
- Gastredner: **Ray MacSharry**, früherer irischer Minister der Finanzen und ehemaliger EU-Agrarkommissar

Freitag, 24. Oktober 2003

09:00 **SITZUNG III:** *Gibt es einen realistischen Entwurf für eine nachhaltige Wasserwirtschaft in Europa?*
Leitung: **Wolfgang Roth**, Vizepräsident der EIB

Redner:

- **Margot Wallström**, EU-Umweltkommissarin
- **Altero Matteoli**, Minister für Umwelt, Italien
- **Bernard Barraqué**, Professor, École Nationale des Ponts et Chaussées, Frankreich
- **Jaroslav Palas**, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Tschechische Republik
- **Andreas Wurzer**, Koordinator für das „European Freshwater Programme“ des World Wildlife Fund, Frankreich

11:15 **SITZUNG IV:** *Innovative Finanzierungsinstrumente*
Leitung: **Peter Sedgwick**, Vizepräsident der EIB

Redner:

- **Kristalina Georgieva**, Umweltdirektorin der Weltbank
- **Frank Joshua**, Direktor NatSource
- **Terry Brown**, Direktor mit Generalvollmacht, Direktion Finanzierungen der EIB

13:00 **ABSCHLUSSSITZUNG**

- Schlussfolgerungen: **Michael G. Tutty**, Vizepräsident der EIB
- Schlusswort: **Bertie Ahern**, Premierminister, Irland

13:15 **ABSCHLIESSENDES GEMEINSAMES MITTAGESSEN**

** noch zu bestätigen – Stand 14.7.2003*

Eine aktualisierte elektronische Fassung des Programms ist unter www.eib.org/forum abrufbar.

BEI EIB
FORUM
2003 DUBLIN

ressourcen in Europa sein. In diesem Rahmen werden die Teilnehmer sowohl die Einführung von Gebührensystemen mit Anreizen für eine effiziente Wassernutzung als auch die Anwendung des Verursacherprinzips bei der Wasserverschmutzung erörtern. Schließlich wird sich das Forum mit dem Investitionsbedarf in der Energie- und der Wasserwirtschaft und mit innovativen Konzepten für die Finanzierung der entsprechenden Investitionen befassen.

Wie lässt sich das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit im Energiesektor erreichen?

Der UN-Gipfel in Kyoto forderte die Weltgemeinschaft mit Nachdruck auf, den Ausstoß umweltschädlicher Gase zu verringern, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich zur Erreichung dieser allgemeinen Ziele verpflichtet. So ist die Steigerung der Energieeffizienz offensichtlich ein gemeinsames Ziel. Uneinigkeit besteht jedoch hinsichtlich der relativen Bedeutung, die der möglichst effizienten Energienutzung, dem Einsatz neuer Technologien und der Schaffung von Anreizen für die Nutzung erneuerbarer Energieträger beigemessen wird. Reichen die bisherigen politischen Ansätze aus, um eine grundlegende Reformierung des europäischen Energiesektors zu erreichen?

Welche Energiealternativen hat Europa für die Zukunft? Sind sie finanziell tragfähig?

Welche Visionen bestehen für die Energieversorgung im Jahr 2020? Was bieten bestehende Technologien und was wäre künftig realisierbar? Welche Perspektiven hat eine rationellere Energienutzung? Die globalen Energieprojektionen für das Jahr 2020 gehen von einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger und gleichzeitig von einem absolut gesehen immer noch sehr hohen Verbrauch fossiler Brennstoffe aus. Kann dies ökologisch tragbar sein? Welche energiepolitischen Ansätze und Investitionsstrategien sind notwendig, damit der Anteil der erneuerbaren Energieträger im europäischen Energiesektor steigt? Wie kann die Umweltbelastung durch den Verkehrsbereich verringert werden?

Gibt es einen realistischen Entwurf für eine nachhaltige Wasserwirtschaft in Europa?

Die europäischen Zukunftsszenarien für eine nachhaltige Bewirtschaftung der heimischen Wasserressourcen sind im weitreichendsten umwelt-

rechtlichen EU-Dokument – der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) – festgehalten, die die Ziele für einen guten ökologischen Zustand aller Oberflächen- und Küstengewässer sowie des Grundwassers bis zum Jahr 2015 festlegt. Die Umsetzung dieser Szenarien ist mit sehr hohen Kosten verbunden. In der WRRL wird festgehalten, dass wirtschaftliche Instrumente eine wichtige Rolle bei der Förderung der Nachhaltigkeit spielen, indem angemessene Kostendeckungsgrade, eine mit Anreizen arbeitende Preisgestaltung und die Anwendung des Verursacherprinzips gefordert werden. Die integrierte Wasserbewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten unter Berücksichtigung der Nachfragesteuerung, der Wiederverwendung von Abwässern und der Angebotsoptimierung wird immer wichtiger. Diese Herausforderung stellt sich insbesondere in den südeuropäischen Ländern, die bisher bei der Finanzierung von wasserbaulichen Anlagen stark auf EU-Zuschüsse angewiesen waren, und auch für die zukünftigen Mitgliedstaaten, wo fast die Hälfte der für die Erlangung des gemeinschaftlichen Besitzstandes notwendigen Gesamtinvestitionen auf die Wasserwirtschaft entfällt. Gibt es in Nord-, Süd- und Osteuropa wirklich gemeinsame Zukunftsszenarien für eine nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Wasserressourcen?

Innovative Finanzierungsinstrumente

Das jährliche Investitionsvolumen im europäischen Wasserwirtschafts-

bereich dürfte auf rund 30 Mrd EUR steigen, um die Anforderungen der Rechtsvorschriften der EU (gemeinschaftlicher Besitzstand) bis zum Jahr 2015 erfüllen zu können. Sind öffentlich-private Partnerschaften ein gangbarer Weg für eine möglichst effiziente Nutzung dieser Mittel?

Investitionen in erneuerbare Energien erhalten oft nicht die finanzielle Unterstützung, die sie verdienen, da die Marktpreise für Energie die ökologischen Kosten des Energieverbrauchs nicht widerspiegeln. Derzeit entsteht ein Markt für CO₂-Emissionszertifikate aufgrund der Obergrenzen, die für klimaschädliche Treibhausgasemissionen festgelegt wurden. Die um eine nachhaltige Entwicklung bemühten Finanzinstitute sind bestrebt, bei der Entwicklung dieses Marktes eine Katalysatorfunktion auszuüben, indem sie gezielt Finanzierungsbeiträge für solche Investitionen bereitstellen, die zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen führen. Welche Rolle können innovative öffentliche und private Finanzierungen im Bereich der Umweltschutzdienstleistungen spielen?

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Bank auch für das kommende Forum angesehene Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Banken eingeladen, um diese Fragen zu diskutieren.

Eine aktualisierte elektronische Fassung des Programms ist unter www.eib.org/forum abrufbar.



Finanzierungsstrategie der EIB in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern



Nachdem die Beitrittsverhandlungen für zehn der Kandidatenländer auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 erfolgreich abgeschlossen wurden, hat die EIB ihre Finanzierungsstrategie überprüft, um ihren Beitrag zur Förderung der Region vor wie nach der Erweiterung im Jahr 2004 zu verstärken.

Die Rolle der Bank in den Beitrittsländern bleibt es auch weiterhin, die Ziele der EU-Politik zu unterstützen und dazu eng mit der Europäischen Kommission zusammenzuarbeiten.

Mit einem Bestand von unterzeichneten Darlehen in Höhe von 20 Mrd EUR ist die EIB nach wie vor der größte Kreditgeber in Mittel- und Osteuropa und war 2002 auch der größte Emittent für nichtstaatliche Anleihen in den Währungen der Beitrittsländer. Die Bank schätzt die Perspektiven für das weitere Wachstum ihrer Kreditvergabe generell als günstig ein. Mit der Erweiterung im Jahr 2004 ergeben sich jedoch grundlegende Änderungen:

Aufgrund des deutlichen Anstiegs der nicht rückzahlbaren Hilfen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds wird die Bank in den neuen Mitglied-

staaten in einem völlig veränderten Umfeld arbeiten. Das Volumen der Hilfen dürfte sich auf mittlere Sicht in höheren Investitionen niederschlagen. Kurzfristig könnte es aber dazu kommen, dass die Absorptionfähigkeit der Länder für die Hilfen an ihre Grenzen stößt, etwa wegen administrativer Engpässe. Die Bank wird daher gemeinsam mit der Kommission das angemessene Verhältnis zwischen Zuschüssen und Darlehen bei der Kofinanzierung von Projekten, die von gemeinsamem Interesse sind, bestimmen müssen.

Nach der Erweiterung im Jahr 2004 wird die Bank ihre Tätigkeit (im Rahmen der Vor-Beitritts-Mandate) in Rumänien, Bulgarien und den Balkanländern verstärken. Insbesondere wird sie eng mit der Kommission zusammenarbeiten, um diese Länder in die Lage zu versetzen, den gemeinschaftlichen Besitzstand zu übernehmen, damit der Zeitplan für die zweite Runde der Erweiterung, die für 2007 vorgesehen ist, eingehalten werden kann.

Die Bank wird sich stärker in einigen Schlüsselsektoren engagieren, um die Wirkung ihrer Tätigkeit zu verstärken:

- Darlehen für Kommunen: Angesichts der Bedeutung dieses Sektors für die lokale öffentliche Infrastruktur leistet die Bank in den Beitrittsländern einen Beitrag zur Entwicklung der Kreditfähigkeit der Kommunen, indem sie eine flexiblere Finanzierungspolitik gemäß den in der EU geltenden Standards verfolgt.

- Ausländische Direktinvestitionen: Die Bank erweitert die Unterstützung von Investitionsprojekten des Unternehmenssektors, insbesondere durch verstärktes Marketing.

- KMU: Die Bank baut ihre Unterstützung für diesen Sektor mit Hilfe eines Kofinanzierungsprogramms aus, das mit der Kommission entwickelt wurde, um langfristige Finanzierungen für KMU zu fördern.

- Innovation, Forschung & Entwicklung, Bildung und Gesundheit: Entsprechend der Bedeutung, die der Förderung des Bildungsbereichs, der FuE und des Gesundheitswesens in den Beitrittsländern beizumessen ist, wird sich die Bank verstärkt für Projekte in diesen Bereichen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene engagieren.

- Die Bank wird dazu ihre Zusammenarbeit mit der EBWE und den Geschäftsbanken fortsetzen.

Der vollständige Text der Unterlage über die Finanzierungsstrategie der EIB in den Beitrittsländern ist abrufbar über <http://www.eib.org/lending/accession/de/index.htm>: „Überblick über den derzeitigen Stand und aktualisierte Finanzierungsstrategie“.

Paul Gerd Löser
Hauptabteilung Information
und Kommunikation
(+352) 43 79-3139
p.loeser@eib.org

Finanzielle Partnerschaft Europa-Mittelmeer der EIB: erste Zwischenbilanz

Der Ministerausschuss der neuen Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) der EIB hat bei seiner zweiten Sitzung am 2. und 3. April 2003 in Istanbul die seit der Einrichtung der Fazilität in Barcelona am 18. Oktober 2002¹ erzielten Fortschritte geprüft. Die 27 Wirtschafts- und Finanzminister der EU und der Mittelmeer-Partnerländer (MMP) haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. Ferner haben sie mit Befriedigung die greifbaren Fortschritte zur Kenntnis genommen, die trotz der in der Region herrschenden politischen Spannungen bei der Umsetzung der FEMIP erzielt wurden.

Die gemeinsam von EIB-Präsident **Philippe Maystadt** und dem türkischen Wirtschaftsminister **Ali Babacan** geleitete Sitzung des Ministerausschusses der FEMIP wurde durch die Anwesenheit des türkischen Ministerpräsidenten **Recep Erdogan** geehrt. Vertreter der Europäischen Kommission, der Weltbank-Gruppe (IBRD und IFC), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und der

⁽¹⁾ Siehe EIB-Informationen Nr. 112, Seite 6



Europäischen Zentralbank (EZB) nahmen ebenfalls an der Sitzung teil.

Konkrete operationelle Ergebnisse

Zwischen Oktober 2002 und Ende Juni 2003 wurden im Rahmen der FEMIP neue Operationen von insgesamt 1,68 Mrd EUR genehmigt, wovon fast 40% in Einklang mit dem ersten Ziel der Fazilität – der Entwicklung des Privatsektors in den MMP – standen. Unter den bedeutendsten Darlehen an den Privatsektor sind insbesondere zu nennen: eine Automobilfabrik in der Türkei, Zementwerke in Algerien und Tunesien sowie neue langfristige Kreditlinien zugunsten zahlreicher Finanzintermediäre in mehreren Mittelmeer-Partnerländern, die die Kapitalbasis der örtlichen KMU stärken und ihren Zugang zu Bankkrediten erleichtern sollen. Anhand von zwei Beispielen lässt sich die Effizienz dieser Fazilität erkennen: Zum einen wurden in der Türkei mit EIB-Darlehen von 180 Mio EUR

zugunsten von KMU Investitionen in Höhe von insgesamt fast 600 Mio EUR ausgelöst und zur Schaffung von mehr als 6 000 neuen Arbeitsplätzen beigetragen. Zum anderen haben in Tunesien EIB-Finanzierungen von insgesamt 100 Mio EUR Neuinvestitionen von 400 Mio EUR angezogen und mehr als 3 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der FEMIP ist die Finanzierung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, die einen direkten Beitrag zur Schaffung eines für private Initiativen günstigen Klimas leistet. So zum Beispiel die Darlehen zur Modernisierung von fünf marokkanischen Häfen und des Hafens von Tartus in Syrien sowie für den Ausbau des Kraftwerks von Nubariya, das den rasch wachsenden Energiebedarf von Unternehmen und Haushalten in Kairo und Alexandria decken soll. Parallel dazu wurden über die FEMIP zahlreiche Projekte im Bereich der sozialen Entwicklung wie die Reform des Gesundheitswesens in Tunesien und Syrien, die Modernisierung des

Bildungssystems in Jordanien, der Ausbau der Universitäten von Zypern und die Ausstattung von 6 800 Schulklassen mit IT-Ausrüstung in der Türkei finanziert.

Des Weiteren wurden im Rahmen der FEMIP Mittel für von Naturkatastrophen betroffene Menschen bereitgestellt, indem die letzte Tranche (150 Mio EUR) des Darlehensprogramms der Bank für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben von 1999 in der Türkei unterzeichnet und ein Rahmen-darlehen von 250 Mio EUR für den Wiederaufbau von Gebieten im Osten Algiers, die durch das Erdbeben im Mai 2003 verwüstet wurden, genehmigt wurde.

Die Liste der derzeit bei der EIB in der Prüfung befindlichen FEMIP-Projekte ist auf der Website der EIB unter www.eib.org einzusehen.

Erleichterter Zugang zu Krediten für Privatunternehmen

Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Situation in der Region stellt die FEMIP ein Schlüsselinstrument für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Partnern dar. Daher können bei den Sitzungen des Ministerausschusses neben der Prüfung der operativen Ergebnisse der Fazilität die Möglichkeiten erörtert werden, wie die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit beschleunigt und die sozialen und strukturellen Reformen der Mittelmeer-Partnerländer zur Förderung des Aufschwungs von Handel und Investitionen geplant werden können.

Bei seiner Sitzung in Istanbul hat der Ausschuss die Faktoren untersucht, die Auswirkungen auf den Zugang des Privatsektors in den Mittelmeer-Partnerländern zu Krediten haben, wobei insbesondere KMU und der Bankensektor anvisiert wurden. Dementsprechend wurde beschlossen, dass die FEMIP die folgenden Maßnahmen umsetzen sollte:

- Erhöhung der direkten langfristigen Ausleihungen an Unternehmen

und/oder Versorgung der örtlichen Banken mit langfristigen Finanzmitteln, die sie an KMU weiterreichen können;

- erforderlichenfalls Unterstützung einzelner Projekte durch eine Kombination von Eigenkapital und langfristigen Darlehen, vor allem zur Förderung der ausländischen Direktinvestitionen in den Mittelmeer-Partnerländern;
- Förderung neuer Finanzprodukte oder neue Vereinbarungen (z.B. Entwicklung des Leasing und Einrichtung von Garantiefonds), die den Unternehmen den Zugang zu mittel- und langfristigen Krediten erleichtern; hierbei dürfte Risikokapitalmitteln ein entscheidender Hebeleffekt zukommen;
- Entwicklung von wenig genutzten Finanzprodukten zur Bereitstellung von Eigenkapital und Quasikapital für Unternehmen, insbesondere KMU, z.B. in Form von Beteiligungsdarlehen, bedingten und nachrangigen Darlehen;
- technische Unterstützung für den Bankensektor, vor allem zur Verbesserung der Qualität des Portfolios von Unternehmenskrediten der Banken sowie ihrer Fähigkeit hinsichtlich des Kreditrisikomanagements, beides wichtige Faktoren für die Verbesserung der Aussichten für die Darlehensvergabe an KMU.

Organisatorische Veränderungen

Zur Förderung der Tätigkeit der FEMIP hat die EIB ihre Mitarbeiterzahl und ihre Präsenz in der Region deutlich verstärkt, was sich in der Schaffung einer eigenen Hauptabteilung widerspiegelt, die für die Entwicklung des Privatsektors in den Mittelmeer-Partnerländern zuständig ist. Sie hat ferner ihr erstes Regionalbüro in Kairo für die Nahost-Region eröffnet, dessen offizielle Einweihung unter Teilnahme der ägyptischen Behörden im September stattfinden wird. Wie alle anderen künftig zu eröffnenden Regionalbüros der FEMIP wird das Kairoer Büro die Aufgabe haben, die Entwicklung der Operationen der EIB sowie die technische Unterstützung und die Überwachung zu verstärken.

Die nächste Sitzung des Ministerausschusses findet am 10. und 11. November 2003 in Neapel statt.

Henry Marty-Gauquié
 Direktor der Hauptabteilung
 Information und Kommunikation
 (+352) 43 79-3153
h.marty@eib.org

Ali Babacan, EIB-Präsident Philippe Maystadt und EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive Curtaz (von links nach rechts)



Besuch des Europäischen Bürgerbeauftragten

Anlässlich seines Besuchs bei den EU-Institutionen in Luxemburg am 8. Juli 2003 wurde der Europäische Bürgerbeauftragte **Nikiforos Diamandouros** auch von Präsident Maystadt in der EIB empfangen, um die Beziehungen zwischen den beiden Einrichtungen zu erörtern. Im Rahmen des EG-Vertrags besteht die Aufgabe des Europäischen Bürgerbeauftragten darin, Behauptungen in Bezug auf Missstände in der Verwaltungstätigkeit von Organen und Institutionen der EU, wobei auch die EIB und ihre Tätigkeit eingeschlossen sind, zu untersuchen. Untersuchungen können entweder auf Initiative des Bürgerbeauftragten eingeleitet oder auf der Basis von Beschwerden durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang hob Diamandouros die relativ kleine Zahl von Beschwerden hervor, die hinsichtlich der Bank eingegangen sind.

In Anerkennung der wichtigen Rolle, die der Europäische Bürgerbe-



EIB-Präsident Philippe Maystadt und der Europäische Bürgerbeauftragte Nikiforos Diamandouros

auftragte bei der Wahrung der Grundrechte der Bürger und der Sicherstellung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Verwaltung spielt, waren sich Maystadt und Diamandouros darüber einig, dass die Bank weiterhin voll mit dem Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten zusammenarbeiten wird und so den Dienst, den die EIB als eine

an politischen Vorgaben orientierte öffentliche Bank der Union erweist, stärkt. In der Unterredung wurde ebenfalls der Vorschlag des Europäischen Parlaments angesprochen, dass die EIB ein unabhängiges Expertengremium einsetzen soll, das Beschwerden von Bürgern über die projektbezogene Tätigkeit der Bank untersucht.



EIF erhält Top-Rating

Die Ratingagenturen Standard & Poor's sowie Moody's haben im Juli 2003 den Europäischen Investitionsfonds (EIF), den auf Risikokapitalfinanzierungen und Garantien spezialisierten Bereich der Europäischen Investitionsbank-Gruppe, mit einem Triple-A-Rating (AAA/Aaa) eingestuft. Das Rating spiegelt die umfassende Unterstützung durch die Anteilseigner und die Höhe des mit AAA beurteilten einforderbaren Kapitals sowie die vorsichtige Finanzpolitik des Investitionsfonds, die hochentwickelten Risikomanagement- und -überwachungssysteme und die Stärke seines Managements wider. Der Ausblick für das Rating wurde als stabil beurteilt.

Francis Carpenter, der geschäftsführende Direktor des EIF, bemerkte dazu: „Die Zuerkennung der höchsten Bonitätseinstufung ist wesentlich für den Ausbau unserer Geschäftstätigkeit, insbesondere mit Garantienehmern. Diese werden von unserer Kreditwürdigkeit und von den wirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Erleichterungen bei der Kapitalunterlegung – insbesondere im Rahmen der zweiten Basler Eigenkapitalvereinbarung – profitieren. Durch die externen Ratings wird der Ausbau der Garantietätigkeit des EIF auf dem Gebiet der Securitization von Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen beträchtlich unterstützt. Der EIF ist dort im Bereich der externen Kreditverbesserung

zugunsten der Inhaber von mit Darlehen an KMU unterlegten Asset Backed Securities tätig.“

Der Europäische Investitionsfonds ist die auf die Bereitstellung von Risikokapital und Garantieinstrumenten zugunsten von KMU spezialisierte Einrichtung der Europäischen Union. An dem 1994 gegründeten EIF, der seinen Sitz in Luxemburg hat, sind die Europäische Investitionsbank, die Europäische Gemeinschaft (vertreten durch die Europäische Kommission) sowie etwa 30 europäische Banken und Finanzinstitute beteiligt.

Weitere Auskünfte sind auf der Website des EIF unter www.eif.org abrufbar.

Ernennungen im Senior Management der EIB

Konstantin Andreopoulos wurde zum Vertreter der EIB im Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ernannt.



Konstantin
ANDREOPOULOS

Nach dem Studium an den Universitäten Athen, Freiburg i.Br. und Yale und einer Tätigkeit als Anwalt in Athen und New York trat Konstantin Andreopoulos 1981 als Leiter der Abteilung Griechenland in die Direktion für Rechtsfragen der EIB ein. 1984 übernahm er die Leitung des neu eröffneten Büros der EIB in Athen. Ab 1988 leitete er die Abteilung für Finanzierungen in Griechenland und Finnland. 1995 kehrte er als Direktor in die Direktion für Rechtsfragen zurück und wurde 1998 stellvertretender Chefsyndikus. Vor seiner Ernennung zum Vertreter der EIB bei der EBWE war Konstantin Andreopoulos als stellvertretender juristischer Berater für die Überwachung der Darlehen der EIB innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zuständig (2002).

Neue Direktoren

Patrick Klaedtke, Direktor der Hauptabteilung Finanzkontrolle und Leiter des ISIS-Programms, wird die unmittelbare Zuständigkeit für die Hauptabteilung Informationstechnik übernehmen. Er ist Nachfolger von Luciano Di Mattia, der neue Aufgaben in der Innenrevision der Bank übernimmt.

Nach dem Abschluss seines BWL-Studiums an der Universität Trier begann Herr Klaedtke seine Karriere als Wirtschaftsprüfer bei KPMG in Luxemburg. 1989 wechselte er als Controller und Leiter der Fondsverwaltung zu Morgan Stanley Luxemburg. Anschließend arbeitete er für Morgan Stanley in verschiedenen Positionen in Zürich, New York sowie Frankfurt und trug dazu bei, das Unternehmen in aufstrebenden Märkten zu etablieren und seinen Übergang zum Euro erfolgreich durchzuführen. Patrick Klaedtke kam im Februar 1999 als Direktor der Hauptabteilung Finanzkontrolle und Buchhaltung zur Bank.



Patrick
KLAEDTKE



Alfonso
QUEREJETA

Alfonso Querejeta wurde zum Direktor der Hauptabteilung Juristische Unterstützung der Finanzierungsoperationen ernannt.

Herr Querejeta hat an der Universität Bologna in Jura promoviert und ist seit 1986 in verschiedenen Positionen in der Direktion für Rechtsfragen der Bank tätig. Nachdem er die Abteilung Spanien und Portugal in der für die juristische Überwachung der Operationen zuständigen Hauptabteilung geleitet hatte, wurde er im Jahr 2000 Direktor der Hauptabteilung Spanien und Portugal in der Direktion für Finanzierungen in Westeuropa.

Neue beigeordnete Direktoren

Georg Aigner wurde zu dem für die Übersetzungsabteilung zuständigen beigeordneten Direktor ernannt.

Herr Aigner absolvierte den Studiengang Übersetzen und Dolmetschen an der Universität Graz, erwarb ein Diplom in Geisteswissenschaften an der Sorbonne und studierte Europarecht an der Faculté de droit de Paris. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Übersetzer/Überprüfer und anschließend als Leiter eines deutschen Übersetzungsreferats der Europäischen Kommission in Luxemburg trat Herr Aigner 1996 als Leiter der Abteilung Übersetzung in die Bank ein. Diese deckt derzeit die elf Sprachen der Union ab und wird nach der bevorstehenden Erweiterung mit den 20 Amtssprachen der EU arbeiten.



Georg
AIGNER

Juan Alario Gasulla wurde zum beigeordneten Direktor in der Hauptabteilung Evaluierung der Operationen ernannt.



Juan
ALARIO GASULLA

Juan Alario Gasulla, der an der Technischen Hochschule Barcelona Produktions- und Fertigungstechnik mit dem Spezialgebiet Energietechnik studiert und an der Universität Grenoble in Volkswirtschaft (Fachgebiet Energiewirtschaft) promoviert hat, trat 1987 als Volkswirt in die Bank ein. 1994 wurde er zum Leiter der Abteilung Energie ernannt. 1995 wurde er Berater für Wirtschaftsfragen und leitete zunächst die für Energie und Schwerindustrie und ab 1998 die für Telekommunikation, Leichtindustrie und Dienstleistungen zuständigen Teams von Wirtschaftswissenschaftlern. Im August 2000 wurde Herr Alario zum Berater in der Hauptabteilung für die Evaluierung der Operationen bestellt. Er wirkte hier u.a. an der Festlegung des Aufgabengebiets der Hauptabteilung, der Durchführung von Ex-post-Evaluierungen und der Koordinierung des Selbstevaluierungssystems der EIB mit.

Carlos Guille wurde zum beigeordneten Direktor in der Hauptabteilung Kapitalmärkte ernannt.

Herr Guille ist derzeit für die Mittelbeschaffung der Bank in Währungen Amerikas, Asiens und des pazifischen Raums zuständig, in denen im Jahr 2002 durch 140 Anleihen (in sechs Währungen) mehr als 17 Mrd EUR aufgenommen wurden. Vor seinem Eintritt in die Bank im Jahr 1991 arbeitete Herr Guille beim Banco Bilbao Vizcaya in mehreren Geschäftsbereichen, darunter Kredit- und Einlagengeschäft, Auslandsgeschäft, Finanzierungen, Treasury und Kapitalmärkte. Carlos Guille hat ein Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre absolviert. Im Laufe seiner beruflichen Tätigkeit hat er zahlreiche Seminare besucht und als Redner an mehreren renommierten Konferenzen teilgenommen.



Carlos
GUILLE

Christopher Knowles wurde zum beigeordneten Direktor in der Direktion Finanzierungen - Europa ernannt.

Herr Knowles, der an der Universität Durham Volks- und Betriebswirtschaft studiert hat, trat 1982 als Mitarbeiter für den Bereich AKP-Länder in die Bank ein. Von 1989 bis 1998 (ab 1991 als Abteilungsleiter) war er an Aufbau und Entwicklung der Darlehensvergabe in den beitretenden und Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas beteiligt. Dies umfasste auch eine zeitweilige Mitarbeit im Transitional Team, das die EBWE aufbaute. 1998 wurde er Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Griechenland und Finnland und ist derzeit Leiter der Abteilung für Finanzierungen in Spanien (PPP, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Stadterneuerung). Vor seinem Eintritt in die EIB arbeitete er für die Lesotho National Development Corporation, die Europäische Kommission und Lazard.



Christopher
KNOWLES

Jean-Jacques Mertens wurde zum beigeordneten Direktor in der Direktion Projekte ernannt und ist für die Abteilung Primärressourcen und Life Sciences zuständig.

Nach einem Abschluss als Ingenieur (Metallurgie) an der Katholischen Universität Löwen im Jahr 1969 begann Jean-Jacques Mertens seine berufliche Laufbahn im Bergbau in Zentralafrika. Er trat 1976 in den Ingenieurstab der Bank ein, der inzwischen in der Direktion Projekte aufgegangen ist. J.-J. Mertens ist derzeit Leiter der Abteilung Primärressourcen und Life Sciences, die die Bereiche Bergbau, Steine und Erden, Halbfertigprodukte, pharmazeutische Erzeugnisse und Biochemie umfasst. Er ist außerdem an der Leitung der „FuE-Task Force“ beteiligt und hat mehrere Arbeitsgruppen in diesem Bereich koordiniert. Er ist Autor verschiedener Artikel und seine Interessen umfassen insbesondere die Erforschung des Zusammenhangs zwischen Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsinvestitionen und der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.



Jean-Jacques
MERTENS

Philippe Ostenc wurde zum beigeordneten Direktor in der Direktion Projekte ernannt.

Herr Ostenc, der an der École Polytechnique und der École Nationale des Ponts et Chaussées studiert hat, arbeitete auf Réunion und wurde später zur Regierung von Côte d'Ivoire abgeordnet. Anschließend arbeitete er sechs Jahre bei der Weltbank in Washington. Er trat 1981 als Ingenieur für Infrastrukturvorhaben in die EIB ein. 1997 wurde er in Verbindung mit dem von der EIB, der Weltbank und der Europäischen Kommission gemeinsam finanzierten Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (METAP) für dreieinhalb Jahre nach Kairo entsandt. 2001 wurde er zum Leiter der Abteilung Luft- und Seeschifffahrt ernannt. Innerhalb der Direktion Projekte ist Philippe Ostenc auch für Fragen der Auftragsvergabe zuständig.



Philippe
OSTENC

Manfredo Paulucci de Calboli wurde zu dem für die Abteilung Einkauf und Verwaltungsdienste zuständigen beigeordneten Direktor ernannt.

Manfredo Paulucci promovierte an der Universität Bologna in Rechtswissenschaften. Nach seinem Eintritt in die EIB im Jahr 1995 war er zunächst als leitender Pressesprecher in der Hauptabteilung Information und Kommunikation für Italien, die Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans sowie für KMU zuständig. Gleichzeitig war er Assistent des italienischen Vizepräsidenten Massimo Ponzellini. Seit 1997 ist er Leiter der Abteilung Allgemeine Verwaltungsdienste, die 1999 zur Abteilung Einkauf und Verwaltungsdienste wurde und zur Hauptabteilung Allgemeine Verwaltung im Generalsekretariat gehört. Vor seinem Eintritt in die EIB war Herr Paulucci in leitender Stellung in den Bereichen Kofinanzierung und technische Zusammenarbeit bei der EBWE in London tätig (1991-1995). Von 1982 bis 1991 war er „Condirettore Centrale“ für internationale Angelegenheiten bei der Reederei IRI-Finmare.



Manfredo
PAULUCCI

Alain Sève wurde zum beigeordneten Direktor in der Direktion Finanzierungen – Sonstige Länder ernannt.

Herr Sève, der an der École Polytechnique in Paris studiert hat, trat nach einer 15jährigen Karriere in der Privatindustrie 1985 in die EIB ein. Er begann seine Tätigkeit als Industriespezialist in dem Bereich, aus dem die heutige Direktion Projekte hervorging. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag auf Operationen außerhalb der Europäischen Union. 1993 wurde er zum Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Mittelmeerraum ernannt und überwachte in dieser Funktion die Operationen der EIB in Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei. Am 1. Januar 2003 wurde er zum Leiter der neuen Abteilung Unterstützung des Privatsektors ernannt, die im Rahmen der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) der EIB für die Finanzierung von Vorhaben privater Unternehmen in allen Partnerländern des Mittelmeerraums zuständig ist.



Alain
SÈVE

Die „EIB Papers“

Die EIB Papers werden jedes Jahr von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB veröffentlicht. Diese jeweils zwei Ausgaben umfassende Veröffentlichung zielt darauf ab, qualitativ hochwertige Wirtschaftsforschung sowie die Diskussion über Themen von europäischem Interesse zu fördern. Insofern sollen die Papers auch nicht fachkundigen Lesern zugänglich sein, wobei sie den Schwerpunkt eher auf die politische Dimension als auf fachliche Fragen legen. Sie enthalten die Ergebnisse der von Mitarbeitern der EIB betriebenen Forschung sowie Beiträge von externen Wissenschaftlern und Fachleuten.

Die Ausgaben der EIB Papers des Jahres 2003 befassen sich mit den Veränderungen im europäischen

Finanzsektor, wobei eine Vielfalt interessanter Themen behandelt wird, wie z.B. die wachsende Rolle von institutionellen Investoren (Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds), die Überalterung der Bevölkerung und die Bankenkonsolidierung (Volume 8, Nr.1) sowie die Finanzierung und Kapitalstruktur kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in verschiedenen europäischen Ländern (Volume 8, Nr. 2).

Die EIB Papers liegen nur in Englisch vor und sind kostenlos bei infoefs@eib.org erhältlich oder können von der Website der EFS (www.eib.org/efs) heruntergeladen werden.



EIB-Informationen

ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Europäische Investitionsbank
100, bd Konrad Adenauer
L - 2950 Luxemburg

Tel. (+352) 43 79-1
Fax (+352) 43 77 04

www.eib.org
info@eib.org

Hauptabteilung Interinstitutionelle Angelegenheiten
Büro Brüssel
Rue de la Loi, 227
B-1040 Bruxelles

Tel. (+32-2) 235 00 70
Fax (+32-2) 230 58 27

Hauptabteilung für Finanzierungen in Italien, Griechenland, Zypern, Malta:
Via Sardegna 38
I-00187 Roma

Tel. (+39) 06 47 19-1
Fax (+39) 06 42 87 34 38

Büro Athen
364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR-152 33 Halandri/Athens

Tel. (+30-2) 106 82 45 17-9
Fax (+30-2) 106 82 45 20

Büro Berlin
Lennéstraße 11
D-10785 Berlin

Tel. (+49-30) 59 00 47 90
Fax (+49-30) 59 00 47 99

Büro Lissabon
Avenida da Liberdade, 144-156, 8º
P - 1250-146 Lisboa

Tel. (+351) 213 42 89 89
Fax (+351) 213 47 04 87

Büro London:
2 Royal Exchange Buildings
London EC3V 3LF
Vereinigtes Königreich

Tel. (+44) 20 73 75 96 60
Fax (+44) 20 73 75 96 99

Büro Madrid
Calle José Ortega y Gasset, 29
E-28006 Madrid

Tel. (+34) 914 31 13 40
Fax (+34) 914 31 13 83

Büro Kairo:
6 Boulos Hannah Street
Dokki, Giza (Cairo)
Ägypten

Tel. (+20-2) 30 66 583
Fax (+20-2) 30 66 584

Europäischer Investitionsfonds
43, avenue J.F. Kennedy
L-2968 Luxembourg

Tel. (+352) 42 66 88-1
Fax (+352) 42 66 88-200

www.eif.org
info@eif.org

Layout: EIB graphic workshop

Fotos: Bildarchiv EIB, EC, Imedia, Sue Cunningham, LVDR, Digitalvision, EyeWire images, Getty images, PhotoDisc.

Gedruckt auf Zanders Mega Matt Papier

© EIB - 09/03 - DE

EIB für ihre Emissionstätigkeit ausgezeichnet



René Karsenti (rechts), Direktor mit Generalvollmacht der Direktion für Finanzen der EIB, nimmt auf dem 12. „Global Borrowers and Investors Forum“ die „Euromoney“-Auszeichnung entgegen

Die EIB erhielt von Euromoney die Auszeichnung „Bester supranationaler Emittent (2003)“. Damit wurde die Mittelbeschaffungsstrategie der Bank neuerlich gewürdigt.

„Die EIB hat es in beispielhafter Weise verstanden, ihren erheblichen Refinanzierungsbedarf zu decken, ohne von ihrer Mittelbeschaffungsstrategie abzuweichen. Gleichzeitig konnte sie die Notwendigkeit, Märkte strategisch zu entwickeln, mit dem Erfordernis in Einklang bringen, umfangreiche Beträge kostengünstig aufzunehmen“, erklärte ein Investment-Banker in einem Interview mit Euromoney. Damit wird die Reihe der Euroweek-Auszeichnungen aus dem letzten Jahr fortgesetzt, darunter die Auszeichnung als „Innovativster, neuen und ideenreichen Anleihestrukturen gegenüber aufgeschlossenster Emittent“.

Begründet wird diese jüngste Auszeichnung von Euromoney mit zahlreichen von der EIB systematisch entwickelten Stärken. Problemlos konnte sich die EIB im Euro-Bereich inzwischen als „Referenzemittent auf dem

mit Staatstiteln vergleichbaren Markt in Europa etablieren“. Die erfolgreiche Strategie, liquide Referenzanleihen anzubieten, die das gesamte Laufzeitenspektrum abdecken, wurde auch in Kommentaren zu Emissionen in anderen Schlüsselwährungen hervorgehoben: „Die Referenzanleihen der Bank im Betrag von 3 Mrd USD waren höchst erfolgreich“, und auch die auf GBP lautenden Emissionen „kamen gut an“.

Auch die Tatsache, dass die Bank der „wichtigste Emittent in Währungen der Beitrittsländer“ ist, spielte bei der Auszeichnung eine Rolle und zeigt, welcher hohen Beitrag die EIB zur Entwicklung der Kapitalmärkte in den Beitrittsländern leistet.

Dieser strategische Ansatz und die praktische Anwendung dieser Strategie haben es der EIB ermöglicht, ihren wachsenden Refinanzierungsbedarf fristgerecht zu decken. Bis Mitte 2003 hatte die Bank bereits 33 Mrd EUR in 12 verschiedenen Währungen aufgenommen und dürfte somit ihr Ziel von 40-42 Mrd EUR für das Gesamtjahr 2003

problemlos erreichen können. Im Jahr 2002 beschaffte sie sich Mittel in Höhe von 38 Mrd EUR.

Die Tatsache, dass sich die EIB stetig als bedeutender europäischer supranationaler Anleiheemittent positionieren kann, hat sich als Wettbewerbsvorteil erwiesen, da die Anleger in Anbetracht der Volatilität der Märkte nach Diversifizierung und Sicherheit streben. So hat die starke Nachfrage nach den jüngsten Anleiheemissionen dazu geführt, dass die Mittelbeschaffungskosten fast denen der größten staatlichen Emittenten in Europa entsprachen.

Ihre starke Stellung auf den Kapitalmärkten und die gute Performance ihrer Titel haben es der EIB somit ermöglicht, die attraktiven Mittelbeschaffungskosten auch weiterhin an ihre Darlehensnehmer weiterzugeben.

Barbara Bargagli-Petrucci
Direktorin,
Peter Munro
Investor Relations;
Hauptabteilung Kapitalmärkte